

Für die ‚Demokratie‘ gilt, was auch im Hinblick auf die Verwendung anderer zentraler Begriffe der Politikwissenschaft (wie ‚Staat‘, ‚Krieg‘, ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘ oder ‚Gerechtigkeit‘) ablesbar ist: ‚Demokratie‘ gehört zu den „*contested concepts*“, den „umkämpften Begriffen“, die in der gesellschaftspolitischen Kommunikation nicht einfach nur als eine sachliche Bezeichnung für bestimmte politische Phänomene fungieren, sondern die in ihrer Verwendungspraxis zugleich bewertende Urteile wie Zustimmung, Hoffnung, Verachtung oder Ablehnung ausdrücken.¹ Keine noch so sehr auf wissenschaftliche Neutralität zielende Begriffswahl wird diese performative Dimension vollständig ausschalten können. Die Politikwissenschaft kann allenfalls versuchen, mit Hilfe ihres analytischen Instrumentariums auf Distanz zu den verschiedenen Verwendungsweisen zu gehen und sie in Hinsicht auf ihre unterschiedlichen Geltungsansprüche kritisch in den Blick zu nehmen.

Der Demokratiebegriff hat eine wortgeschichtliche Tradition, die bekanntlich bis in die politische Ordnungsformenlehre der griechischen Antike zurückreicht. Dort diente das altgriechische Wort *demokratia* zur Klassifizierung einer politischen Ordnung, in der die Bevölkerung (*demos*) die politische Herrschaft macht- und kraftvoll ausübt (*kratein*). Bei Übersetzungen in andere Sprachen wird das griechische Wort *demokratia* in der Regel zunächst in seine beiden Einzelteile zerlegt, für die dann möglichst treffende Übertragungen gesucht werden, bevor man sie entsprechend der Gepflogenheiten der jeweiligen Übersetzungssprache neu zusammenfügt. Leonardo Bruni machte daraus im 15. Jahrhundert das lateinische ‚gubernatio popularis‘, im Deutschen steht dafür ‚Volksmacht‘ oder ‚Volksherrschaft‘, im Englischen sind es ‚popular government‘ oder ‚rule of the people‘ und im Französischen ‚souveraineté du peuple‘.

¹ Zur Bedeutung von ‚Umkämpften Begriffen‘ in der Politikwissenschaft vgl. Göhler et al. (2011).

Derartige Übersetzungen sind für sich genommen nicht weiter bemerkenswert; bemerkenswert ist allerdings, dass sich solche Übersetzungsleistungen im tatsächlichen politischen Sprachgebrauch weder längere Zeit halten, geschweige denn terminologisch durchsetzen konnten. Letztlich wurde und wird immer wieder auf das griechische Lehnwort *demokratia* zurückgegriffen, wenn von einer politischen Ordnung die Rede sein soll, in der weite Kreise der Bevölkerung an der politischen Machtausübung beteiligt sind. Weder im Lateinischen, wo *demokratia* erstmals als Lehnwort aufgenommen wurde, noch im Deutschen, Englischen oder in irgendeiner anderen Sprache der Welt (inklusive des Russischen, Chinesischen, Arabischen oder Hebräischen) hat sich aus dem jeweils eigenen Sprachstamm dauerhaft ein Wortäquivalent herauswinden können, das den Begriff ‚Demokratie‘ in der Sprachpraxis abgelöst hätte. In allen Kulturen der Welt wird heute bevorzugt das altgriechische Lehnwort verwendet. Die ‚Demokratie‘ hat sich als ein ebenso wanderungsfreudiges wie penetrantes politisches Wort erwiesen.

Angesichts der markanten Unterschiede zwischen der antiken *demokratia* und modernen politischen Systemen, die als ‚Demokratien‘ bezeichnet werden, grenzt es an ein sprachhistorisches Wunder, dass der Begriff in der heutigen politischen Alltagssprache und Wissenschaft noch weiterhin in Gebrauch ist. Wenn es einen Ehrenpreis gäbe, der Überlebenskünstlern in der politischen Begriffsgeschichte verliehen wird, dann würde ‚Demokratie‘ auf der Nominierungsliste ganz weit oben stehen. Die *demokratia* war zwar einige Jahrhunderte lang in Begriffsmuseen deponiert, fand dann aber im letzten Drittel des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts wieder neue Anhänger. Zeitgleich mit ihren Befürwortern traten neue Kritiker der Demokratie auf den Plan und die Demokratiedebatten entfalteten nach einer langen Pause neue Virulenz, neue Bedeutungen und neue institutionelle Visionen. Der Demokratiebegriff konnte also vermutlich deshalb überleben, weil er so heftig umstritten war. Andere Bezeichnungen aus der antiken Staatsformenlehre wie ‚Aristokratie‘, ‚Ochlokratie‘ oder ‚Timokratie‘ sind längst der Einsargung im Pantheon der Begriffsgeschichte anheimgefallen, während die ‚Demokratie‘ neue inhaltliche Bedeutungen erlangen und neue politische Konfliktlinien markieren konnte.

Seit Beginn ihrer terminologischen Wiederentdeckung vor gut 250 Jahren steht die Demokratie nahezu ununterbrochen im Zentrum politischer Kontroversen zwischen Befürwortern und Gegnern. Offensichtlich kann die Verwendung des Wortes ‚Demokratie‘ bis zur heutigen Zeit Bedeutungsmomente mobilisieren, die es unterschiedlichen Akteuren sinnvoll erscheinen lässt, in ihren rhetorischen Strategien auf diesen Begriff Bezug zu nehmen: Sowohl die Gegner als auch die Befürworter einer verstärkten europäischen Integration reklamieren ihre demokratischen Absichten; sowohl die Verteidiger einer inklusiven Flüchtlingspolitik wie auch die

Anhänger fremdenfeindlicher Parteien berufen sich auf die Demokratie; sowohl die Anhänger einer Loslösung Kataloniens vom spanischen Staat als auch die spanische Zentralregierung agieren im Namen der Demokratie.

Die Diskussionen über die Demokratie entzündeten sich an konkreten Gegensätzlichkeiten und Situationen und reflektieren politische Gegnerschaften, mögen diese zuweilen noch so sehr im Gewand einer akademisch auf Neutralität verpflichteten Politikwissenschaft auftreten. Schon aus diesem Grund ist die Tatsache, dass der Demokratiebegriff zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiterhin so lebhaft wie kontrovers diskutiert wird, kein Zeichen seiner Schwäche, sondern seiner ungebrochenen politischen Vitalität.

Nun ist die heutige Verwendung des Begriffs ‚Demokratie‘ in mehrfacher Hinsicht eine völlig andere als während der griechischen Antike. Schon im Hinblick auf ihre konkreten institutionellen Ordnungselemente hat die zeitgenössische moderne Demokratie mit ihren antiken Namensgebern kaum mehr gemeinsam als eben diesen Namen (vgl. Finley 1980; Hansen 2005). Die athenische Demokratie war durch die Souveränität der versammelten Bürgerschaft charakterisiert. Es wurde eine direkte Demokratie praktiziert, in der nicht nur gemeinsam beraten wurde, sondern in der die versammelte Bürgerschaft auch alle wesentlichen Sachentscheidungen traf. Die Versammlung der Bürger war das höchste und – auch nach der Einrichtung einer Reihe von moderierenden Institutionen – ein in letzter Instanz von keiner anderen politischen Institution eingeschränktes Gremium. Demokratische Politik fand ihren Ausdruck neben der Wahl von Spitzenpositionen zudem im Losverfahren und im Rotationsprinzip bei der Besetzung politischer Ämter. Politische Systeme, die heute den Namen ‚Demokratie‘ tragen, zeichnen sich demgegenüber durch die Existenz von Repräsentativversammlungen, Wahlen für alle politischen Ämter, Gewaltenteilung und durch verfassungsmäßige Grenzen der politischen Entscheidungsfreiheit aus. Auch bezieht sich die Demokratie heute auf größere Räume mit einer größeren Zahl an Einwohnern; selbst solche kleinen demokratischen Staaten wie Luxemburg oder San Marino sind heute größer, als es die *polis* des antiken Athens in seiner Blütezeit oder irgendeine andere *polis* der Antike jemals waren.

Noch in einer anderen Hinsicht hat sich der Phänomenbereich dessen, was oder wer als ‚Demokratie‘, ‚Demokrat‘ und ‚demokratisch‘ bezeichnet wird, seit der Antike verändert – heute dient das Wort nicht nur zur Bezeichnung einer spezifischen Ordnung einer *polis*, sondern sehr viel weitergehender zur Bezeichnung von Staaten, gesellschaftlichen Institutionen, internationalen Organisationen, Verfahrensweisen, Handlungen, Wertvorstellungen bis hin zu menschlichen Charaktermerkmalen. Eng verbunden mit dieser Ausweitung der begrifflichen Bezugsgrößen lässt sich zudem beobachten, wie sich beim substantivischen Sprachgebrauch

des Begriffs eine „democracy with adjectives“ (vgl. Collier und Levitsky 1997) durchgesetzt hat. ‚Demokratie‘ steht heute eher selten als Wort für sich, sondern wird zumeist unter Hinzuziehung eines Adjektivs näher qualifiziert. Häufige Attribute sind ‚westlich‘, ‚repräsentativ‘, ‚plebiszitär‘, ‚liberal‘, ‚illiberal‘, ‚modern‘, ‚pluralistisch‘, ‚sozialistisch‘, ‚deliberativ‘, ‚autoritär‘, ‚gelenkt‘, ‚simulativ‘ oder ‚defekt‘. Angesichts der Vielfalt der sich dadurch semantisch bietenden Möglichkeiten gibt es heute eine Vielzahl unterschiedlicher und miteinander konkurrierender ‚Demokratietheorien‘, die jeweils für sich reklamieren, über ein zutreffendes Demokratieverständnis zu verfügen.

Angesichts dieser flagranten Unterschiede zwischen der antiken und der modernen Demokratie haben einige Politikwissenschaftler den Vorstoß versucht, sich für die Bezeichnung heutiger politischer Systeme auf ein anderes Wort wie ‚Polyarchie‘ (vgl. Dahl 1971) oder ‚Politie‘ (vgl. Sternberger 1985, S. 156–230) zu verständigen, oder die ‚Demokratie‘ doch wenigstens durch neue Wortreihen wie ‚demokratischer Verfassungsstaat‘ oder ‚westliche Demokratie‘ (vgl. Fraenkel 1960, S. 75) gleichsam einzuhegen. Eine andere begriffliche Strategie bestand darin, der antiken Demokratie den Namen ‚Demokratie‘ zu verweigern, weil sie keine unwiderruflichen politischen Grundrechte kannte (vgl. Tarkianinen 1966, S. 25). Weder die Ersetzungsstrategien noch die attributiven Einhegungen haben sich bis heute außerhalb von kleinen fachwissenschaftlichen Kreisen als sonderlich erfolgreich erwiesen. Und selbst der erfolgreichste Vorschlag aus der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, für die heutigen politischen Ordnungen einen neuen Begriff zu verwenden, lautet ‚Post-Demokratie‘ und kommt somit nicht ohne das griechische Bezugswort aus (vgl. Crouch 2008). Man mag es drehen und wenden, wie man möchte: Offensichtlich lässt sich die ‚Demokratie‘, sobald sie erst einmal in ein modernes politisches Vokabular alltagssprachlich aufgenommen worden ist, kaum mehr daraus herausoperieren.

Angesichts der globalen Verbreitung des Demokratiebegriffs sollte es deshalb auch nicht überraschen, wenn die Unterschiede und Nuancierungen bei seiner Verwendung zukünftig sogar noch weiter zunehmen werden. Denn von dem Zeitpunkt an, ab dem das Wort Demokratie zur zentralen und anerkannten Selbstbeschreibungsförmel eines modernen politischen Systems geworden ist, schlüpfen die politischen Differenzen, die es in einer Gesellschaft gibt, gleichsam in diese Formel hinein und geben sich hauptsächlich als unterschiedliche Begriffsauslegungen und nicht mehr als begriffliche Alternativen zu erkennen.

Typen moderner Demokratietheorien

Überblick und Sortierungsvorschlag

Buchstein, H.

2016, X, 50 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-13330-6